

## **Ist Österreichs Veto-Drohung zum EU-Budget gerechtfertigt?**

Die Verhandlungen um das künftige EU-Budget (gültig von 2021-2027) scheinen zur ersten großen Herausforderung für die neue Kommissionspräsidentin Von der Leyen zu werden.

Abgesehen davon, dass auf Grund des nunmehr fixen Austritts von Großbritannien ein bedeutender „Nettozahler“ in der Größenordnung von gut 10 Milliarden pro Jahr zu verkraften ist, bedarf es dringender Lösungen in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt, Schutz der EU-Außengrenzen, Reform der Agrar-Politik.

Allein der geplante Ausstieg aus der Kohle-Energie im Osten Europas wird das EU-Budget erheblich belasten. Zudem bedarf es massiver Förderungen in der Entwicklung der E-Mobilität und/oder wasserstoffbetriebener Fahrzeugflotten.

Die Agrarförderung - übrigens die mit Abstand höchst dotierte Ausgabenposition im EU -Haushalt sollte dringendst dahingehend reformiert werden, dass man sich von der starren Flächenförderung der Agrarindustrie verabschiedet. Dabei frei werdende Mittel werden dringend in der kleinstrukturierten Landwirtschaft im Alpenraum benötigt. Wenn dies den berechtigten Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung im Alpenraum mit deren ressourcenschonenden und auch landschaftspflegenden Tätigkeit gerecht werden soll, kann sich dies mit einer kolportierten Kürzung der Agrarförderung schwer ausgehen.

Nun ist anzunehmen, dass über die Notwendigkeit der oben zitierten Maßnahmen doch einigermaßen Konsens unter den 27 verbliebenen EU-Ländern herrscht.

Umso mehr verwundert, dass unser Regierung-Chef mit der Veto-Keule zum Beschluss über künftige EU-Beiträge (derzeit 1%, geplant 1,11% vom BIP) vorprescht. Verantwortungsvolle EU-Politik sieht anders aus. Bleibt nur zu hoffen, dass dies lediglich einen doch eher populistischen „Schuss vor den Bug“ bedeutet und am Ende die Vernunft siegt und Konsens über den künftigen EU-Haushalt erzielt wird.